



Gleichheit

Verteilungsbericht 2011: Entwicklung und Verteilung von Löhnen, Einkommen und Vermögen

Die Datenbasis für die Einkommens- und Vermögensverteilung hinkt immer ein paar Jahre hinter dem aktuellen Jahr her. Inzwischen gibt es relativ verlässliche Statistiken und Untersuchungen über die Entwicklung im letzten Jahrzehnt, das als Dekade der grossen Umverteilung von unten nach oben bezeichnet werden muss. Insbesondere in den Jahren vor der Finanzkrise 2008/2009 hat die Ungleichheit in der Schweiz und in ganz Europa markant zugenommen. Mehrere neue Veröffentlichungen dazu sind seit dem letzten Denknetz-Jahrbuch in der Schweiz erschienen (siehe insbesondere Mäder et. al 2010, Credit Suisse 2010, BASS 2010, SGB 2011, BfS 2011). Sie bestätigen sowohl diese Tendenz als auch unsere bisher veröffentlichten Analysen über die Lohnentwicklung und Verteilung.

Lohnverhandlungen 2010/2011: Stagnierende Kaufkraft

In der Lohnrunde 2008/2009 war es den Gewerkschaften gelungen, trotz Finanzkrise deutliche Lohnerhöhungen durchzusetzen, da ein grosser Nachholbedarf vorhanden war und die meisten Lohnverhandlungen noch vor Ausbruch der Krise stattgefunden hatten. Die Verhandlungen über die Gesamtarbeitsverträge (GAV) im Jahr 2010 fanden dann unter dem Eindruck der Krise statt; so konnten nur noch in wenigen GAV reale Verbesserungen durchgesetzt werden. Im Durchschnitt der Gesamtarbeitsverträge aller Branchen be-

trugen die ausgehandelten Effektivlohn-Anpassungen für 2010 nur noch 0.7 Prozent gegenüber 2.6 Prozent im Vorjahr. Der Anteil der Lohnerhöhungen, der generell für alle Arbeitnehmenden ausgehandelt wurde, betrug 2010 im Durchschnitt sogar nur 0.3 Prozent. Mehr als die Hälfte der ausgehan-

Hans Baumann

1948, ist Ökonom und Mitglied der Kerngruppe des Denknetzes. Bis 2008 war er in der Gewerkschaft Unia für die Wirtschafts- und Kollektivvertragspolitik und für internationale Fragen zuständig. Heute ist er als Berater, Dozent und Autor für verschiedene schweizerische und europäische Projekte tätig.



delten Lohnerhöhungen wurde für individuelle Lohnerhöhungen reserviert. Im industriellen Sektor erhöhten sich die GAV-Löhne durchschnittlich um 0.4, im tertiären Sektor um 1.0 Prozent (BfS 2010). Damit setzte sich die leicht günstigere Entwicklung der letzten Jahre im Dienstleistungssektor trotz Finanzkrise fort. Die Mindestlöhne in den GAV konnten 2010 durchschnittlich ebenfalls um 0.7 Prozent angehoben werden.

Die Statistik des Bundesamtes für Statistik BfS über die Entwicklung der Durchschnittslöhne im Jahr 2010 bestätigt diesen Trend: Die durchschnittliche Erhöhung der nominellen Löhne betrug 0.8 Prozent, lag also praktisch gleichauf mit der Entwicklung der GAV-Löhne. Da gleichzeitig die Teuerung mit 0.7 Prozent leicht höher war als im Vorjahr, stagnierte die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (BfS 2011a).

Die Durchschnittslöhne des industriellen Sektors erhöhten sich mit 0.6 Prozent weniger als im Dienstleistungssektor, wo sie dieses Jahr um 0.9 Prozent zunahm. Das ist zwar markant weniger als in den letzten Jahren. Auffallend ist aber, dass der Bankensektor mit einer Steigerung von 1.5 Prozent trotz Finanzkrise im Branchenvergleich erneut einen Spitzenplatz einnahm.

Wenn man die Lohnentwicklung der letzten sechs Jahre betrachtet fällt auf, dass die Unterschiede zwischen den Wirtschaftssektoren relativ gering sind. Industrie, Dienstleistungen und Baugewerbe weisen in diesen sechs Jahren nominale Lohnzuwächse zwischen 8.5 und 8.9 Prozent auf. Allerdings werden im BfS-Lohnindex gewisse Lohnbestandteile wie

| | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2005 -2010 | 2011 GAV |
|----------------------------------|------|------|------|------|------|------|---------------|-------------|
| Industrie | 1.2% | 1.1% | 1.5% | 1.8% | 2.3% | 0.6% | 8.5% | 1.1% |
| Baugewerbe | 1.1% | 1.1% | 1.7% | 2.0% | 2.0% | 0.7% | 8.6% | 0.7% |
| Dienstleistungen | 0.9% | 1.2% | 1.7% | 2.1% | 2.0% | 0.9% | 8.9% | 1.9% |
| Gesamtwirtschaft | 1.0% | 1.2% | 1.6% | 2.0% | 2.1% | 0.8% | 8.7% | 1.6% |
| GAV-Löhne aller Branchen mit GAV | 1.6% | 1.8% | 2.0% | 2.2% | 2.6% | 0.7% | 10.9% | 1.6% |

1. Nominelle Lohnentwicklung von 2005 bis 2011 nach Branchen (jährliche Veränderung)

Quellen: Nominallohn-Entwicklung 2005–2010: Statistische Durchschnittslöhne gemäss Lohnindex BfS SSUV.

GAV-Löhne: Erhöhung der Effektivlöhne in GAV gemäss BfS, Gesamtarbeitsvertragliche Lohnabschlüsse.

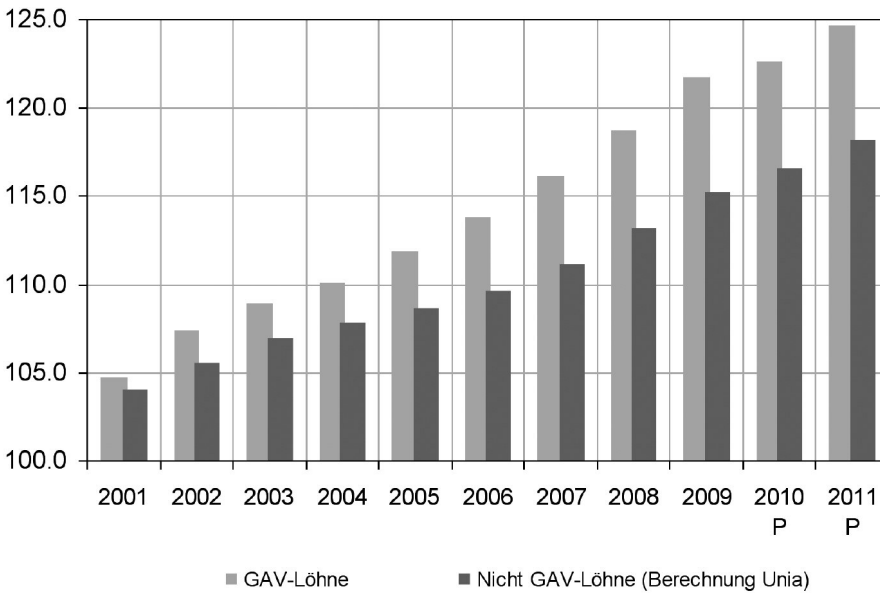
Die Angaben für 2011 beruhen auf den GAV-Abschlüssen gemäss BfS.



Gleichheit

Prämien, Boni etc. wie auch Veränderungen in der Lohnstruktur nicht erfasst. Würden diese erfasst, schnitte der Tertiärsektor wahrscheinlich noch etwas besser ab.

2010 lagen zum ersten Mal seit vielen Jahren die Zuwächse bei den GAV-Löhnen nicht über den vom BfS erfassten durchschnittlichen Lohnerhöhungen. Über mehrere Jahre hinweg ist dieser Unterschied aber deutlich: Die in Gesamtarbeitsverträgen ausgehandelten Löhne sind deutlich stärker gestiegen als die Durchschnittslöhne. Weil in der Schweiz nur gut 35 Prozent aller Arbeitnehmenden von GAV-Löhnen profitieren und die übrigen Löhne individuell ausgehandelt werden, ist anzunehmen, dass die GAV-Löhne schneller gestiegen sind als die individuell ausgehandelten Löhne.¹ Dies wird durch Berechnungen der Gewerkschaft Unia in einer Analyse über die letzten Jahre bestätigt:



2. Entwicklung der GAV-Löhne und Nicht-GAV-Löhne

(nominell, 1998 = 100)

Quelle: Berechnungen der Gewerkschaft Unia, 2011

Gemäss diesen Berechnungen sind die Löhne der GAV-Unterstellten in den letzten Jahren deutlich stärker gestiegen als die Löhne der Arbeitnehmenden, die keinem GAV unterstellt sind.

Die im Herbst 2010 gestarteten Kollektivverhandlungen für 2011 fanden in einem wirtschaftlich erstarnten Umfeld statt. Die Gewerkschaften forderten deshalb Lohnerhöhungen zwischen 2 und 3 Prozent, was in einigen Branchen/Betrieben auch durchgesetzt werden konnte. Im



Gleichheit

Durchschnitt erhöhten sich die Effektivlöhne in den GAV gemäss BfS um 1.6 Prozent, die Mindestlöhne allerdings nur um 0.3 Prozent. Dabei war der Tertiärsektor mit 1.9 Prozent wiederum an der Spitze, vor der Industrie mit 1.1 Prozent. Das Baugewerbe schneidet dieses Jahr mit einem Lohnanstieg von 0.7 Prozent schlechter ab (BfS 2011b). Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Verhandlungen im Bauhauptgewerbe zu keiner Einigung führten und deshalb kein Lohnabschluss zustande kam. Im Gegensatz zum letzten Jahr wurde der grössere Teil der Lohnerhöhungen, nämlich durchschnittlich 0.9 Prozent, als generelle Lohnanpassungen ausgehandelt. Da für 2011 eine Teuerung von 0.7 Prozent erwartet wird, ergäbe sich aufgrund der GAV-Löhne ein mittlerer Reallohnanstieg von rund 1 Prozent. Wegen der raschen Erstarkung des Frankens und der zunehmenden Schwierigkeiten der Exportindustrie ist es jedoch wahrscheinlich, dass die allgemeine Lohnentwicklung im Jahr 2011 den GAV-Löhnen nicht folgen kann. Zahlreiche Unternehmen kündigten Lohnkürzungen an, namentlich in Form von Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich. Der Druck auf die Löhne wird hier noch weiter zunehmen, und es droht eine Abwälzung der Folgen der Verschuldungskrise auf die Arbeitnehmenden.

Verbesserungen konnten in den Gesamtarbeitsverträgen nur wenige realisiert werden: In einigen Verträgen wurde die Dauer der Ferien leicht erhöht beziehungsweise ein (bescheidener) Vaterschaftsurlaub eingeführt. Zahlreiche GAV wurden ohne grosse Veränderungen verlängert. In drei Westschweizer Kantonen konnten erstmals neue GAV für den Detailhandel abgeschlossen werden. Ein Erfolg bei der Umsetzung der flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr stellt die Einführung eines nationalen Normalarbeitsvertrages für die Hauswirtschaft mit verbindlichen Mindestlöhnen dar. Dieser ist am 1. Januar 2011 in Kraft getreten und gilt für alle privaten Haushalte und Anstellungsverhältnisse mit mehr als fünf Stunden Arbeitszeit pro Woche (SGB 2011a).

Verteilung zwischen Kapital und Arbeit: Die Lohnquote sinkt wieder

Das letzte Jahrzehnt war von stagnierenden Reallöhnen gekennzeichnet, die bis 2008 hinter der Entwicklung der Arbeitsproduktivität herhinkten. Die Gewinne stiegen stärker an, und der Lohnanteil am Volkseinkommen sank (= negative Verteilungsbilanz). Eine deutlich gegenteilige Tendenz war nur 2009 zu verzeichnen: Die guten Lohnabschlüsse der Verhandlungen 2008/2009 bei rückläufiger Teuerung erlaubten einen einmaligen realen Lohnzuwachs. Da gleichzeitig die Arbeitsproduktivität krisenbedingt einbrach, konnte ein Teil des Lohnrückstandes wett-



gemacht werden. 2010 stagnierten dann die Reallöhne, und der Produktivitätseinbruch des Vorjahres konnte bereits wieder kompensiert werden. Die Verteilungsbilanz der letzten sechs Jahre ist deshalb deutlich negativ:

| | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2005-2010 | 2011 P |
|---|------|------|------|------|------|------|-----------|--------|
| Nominallöhne | 1.0 | 1.2 | 1.6 | 2.0 | 2.1 | 0.8 | 8.7 | 1.6 |
| Reallöhne | -0.2 | 0.1 | 0.9 | -0.4 | 2.6 | 0.1 | 3.1 | 0.9 |
| Arbeitsproduktivität | 2.2 | 2.1 | 1.7 | 0.3 | -2.1 | 2.1 | 6.3 | 1.9 |
| Lohnrückstand (Veränderung der Verteilungsbilanz) | -2.4 | -2.0 | -0.8 | -0.7 | 4.7 | -2.0 | -3.2 | -1.0 |

3. Reallöhne, Arbeitsproduktivität und Lohnrückstand

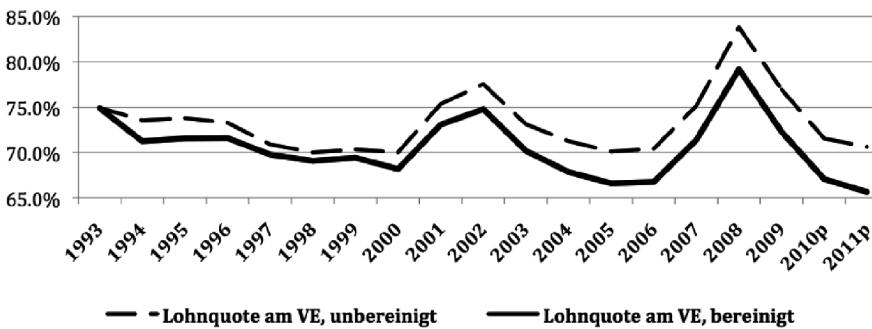
(Veränderungen zum Vorjahr in %)

Quellen: Nominallohnentwicklung 2005–2010: Lohnindex BfS.

Reallöhne: Indexiert mit der durchschnittlichen Jahresteuern des laufenden Jahres.

Arbeitsproduktivität: Pro geleistete Arbeitsstunde gemäss BfS (2008 prov.), für 2009/2011 Berechnungen/Prognosen KOF-ETHZ.

Aus Prognosen für die Preisentwicklung und die Arbeitsproduktivität lässt sich schliessen, dass die Verteilungsbilanz aus Sicht der Lohnabhängigen auch 2011 negativ bleibt.



4. Entwicklung der Lohnquote von 1993 bis 2011, gemessen am Volkseinkommen

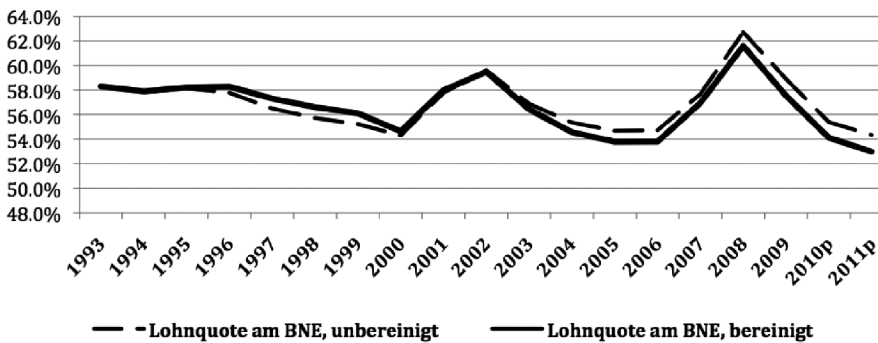
Basis: Arbeitnehmerentgelt im Verhältnis zum Volkseinkommen (BNE zu Faktorkosten), rote Linie gewichtet mit dem Anteil der Arbeitnehmenden.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung BfS, SAKE BfS, zur Berechnung siehe Fussnote 3.

Für 2011 Schätzung auf der Basis der Konjunkturanalyse 2010/2011 der KOF-ETHZ.



Betrachtet man die Entwicklung der Lohnquote, also des Lohnanteils am Volkseinkommen, ergibt sich bis 2007 das gleiche Bild. Allerdings in etwas abgeschwächter Form, da die statistischen Grundlagen für die Lohnsumme respektive die ›Arbeitnehmerentgelte‹ in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung andere sind als für den Lohnindex des BfS.² Die in Darstellung 4 aufgezeigte Entwicklung der Lohnquote orientiert sich, wie im Denknetz-Verteilungsbericht 2010, am Volkseinkommen als Bezugsgrösse, so wie es international üblich ist. Darstellung 5 hält die Lohnsumme im Verhältnis zum Brutto-Nationaleinkommen BNE fest.³



5. Entwicklung der Lohnquote von 1993 bis 2011, gemessen am Brutto-Nationaleinkommen

Basis: Arbeitnehmerentgelt im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen, rote Linie gewichtet mit dem Anteil der Arbeitnehmenden

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung BfS, SAKE BfS, zur Berechnung siehe Endnote 3.

Für 2011 Schätzung auf der Basis der Konjunkturanalyse 2010/2011 der KOF-ETHZ.

Der Verlauf der Kurven ist ähnlich, aber die absolute Höhe der Lohnquote ist unterschiedlich, da die Kapitaleinkommen auch die Abschreibungen und die Import- und Produktionsabgaben enthalten. Das Gegenstück zur Lohnquote, der Profitanteil am Volkseinkommen, entspricht in der Darstellung 5 eher dem klassischen Begriff des »Mehrerts« beziehungsweise der »Mehrwertrate«. In der Periode von Anfang der 1990er-Jahre bis heute ist dieser Anteil von rund 42 auf rund 46 Prozent gestiegen, was eine deutliche Verschiebung der Einkommen von der Arbeit zum Kapital darstellt. Die bereinigte Lohnquote ist in der Schweiz in den Jahren 2005 und 2006 sogar auf ein historisches Rekordtief von unter 69 respektive unter 54 Prozent gefallen. Der starke



Gleichheit

Anstieg der Lohnquote in den Krisenjahren war dann nicht allein auf sinkende Profite im Inland zurückzuführen. Der Hauptgrund lag vielmehr in der grossen Bedeutung der Vermögenseinkommen aus dem Ausland. Diese Einnahmen machten netto in den letzten Jahren jeweils mehr als die Hälfte der im Inland erzielten Gewinne aus. In der Finanzkrise sind sie rasant gesunken, wodurch das Volkseinkommen stagnierte und die Lohnquote hochschnellen liess.⁴ Dieser einmalige Ausschlag hat aber 2009 bereits wieder gedreht, und die Lohnquote ist 2010 erneut auf das tiefe Niveau vor der Krise zurückgefallen.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat in seinem Verteilungsbericht (SGB 2011) berücksichtigt, dass ein grösserer Bestandteil der Spitzenlöhne – insbesondere gewinnabhängige Lohnbestandteile und Boni – eigentlich Bestandteile des Gewinns sind, die das Management für sich abzweigt. Diese gehören deshalb nicht zum klassischen Begriff des Mehrwerts und sollten nicht der Lohnquote zugerechnet werden. Das oberste Prozent der Spitzenverdiener konnte gemäss SGB seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt in den zehn Jahren von 1997 bis 2007 von rund 3 auf 6 Prozent erhöhen (SGB 2011). Das bedeutet, dass sich die Empfänger von Spitzenlöhnen massiv bereichert haben, konnten sie doch ihre Einkommen innert zehn Jahren von knapp 12 auf gut 31 Milliarden erhöhen. Berücksichtigt man diese Entwicklung in der Lohnquote, dann wäre die Lohnquote der übrigen 99 Prozent der Lohnempfänger (gemessen am Volkseinkommen) von rund 69 Prozent in der Mitte der 1990er-Jahre auf rund 61 Prozent im Jahr 2006/2007 gefallen. Bezogen auf das BNE, ergäbe das eine Senkung der Lohnquote von rund 55 auf rund 48 Prozent. Oder mit anderen Worten: Der Anteil der Unternehmensgewinne, Topsaläre und Vermögenseinkommen ist innerhalb von zehn Jahren auf Kosten der Löhne von rund 45 auf 52 Prozent gestiegen und hat damit zum ersten Mal über die Hälfte aller Einkommen beansprucht! Das ist eine Verschiebung in der Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit, wie sie in der Schweiz vorher vermutlich noch nie vorgekommen ist.

Ähnlicher Trend in Europa

Ein Vergleich mit den Nachbarländern und der EU zeigt, dass sich die Löhne und die Verteilungsbilanz in vielen Ländern Europas und insbesondere auch in unseren Nachbarländern ähnlich entwickelt haben. 2009 konnten die Gewerkschaften nochmals Realloohnerhöhungen durchsetzen, allerdings meist nicht in der gleichen Höhe wie in der Schweiz. Ausgenommen davon waren einige mittel- und osteuropäische Länder, die von der Krise früh getroffen und bereits 2009 markante



Gleichheit

Reallohnverluste hinnehmen mussten. Als Beispiel wird in Darstellung 6 Ungarn aufgeführt, wo die Reallöhne innert zwei Jahren um über 10 Prozent zurückgingen. Die baltischen Staaten und Rumänien waren noch stärker betroffen. Diese Entwicklung setzte sich in diesen Ländern auch 2010 fort. Hinzu kamen Lohnkürzungsmassnahmen in den von der Verschuldungskrise betroffenen Ländern Griechenland, Irland und Spanien, die dort markante Reallohnverluste verursachten. Damit wurde die Lohnzuwachsrate in der EU-27 im Jahr 2010 auf Null gedrückt. Noch schlechter sind die Aussichten für 2011: Vor allem wegen des deutlichen Preisanstiegs kommen die Reallöhne in den meisten europäischen Ländern unter Druck, und in den hoch verschuldeten Ländern dauern die Massnahmen zum Lohn- und Sozialabbau unvermindert an.

| | Reallöhne Veränderung in Prozent | | | | Verteilungsbilanz* Veränderung in Prozent | | | |
|-------------|-------------------------------------|------|------|------|--|------|------|------|
| | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
| Schweiz | -0.4 | 2.6 | -0.4 | 0,9 | -0.5 | 4.4 | -1.9 | -1.0 |
| Österreich | 0.0 | 1.9 | -0.1 | -0.3 | -0.5 | 4.2 | -1.1 | -1.9 |
| Deutschland | -0.8 | 0.0 | 1.0 | 0.1 | -0.4 | 4.7 | -2.0 | -1.6 |
| Frankreich | -0.8 | 1.5 | 0.6 | -0.3 | -0.3 | 2.9 | -0.9 | -1.2 |
| Italien | 0.3 | 0.8 | 0.4 | -1.1 | 1.2 | 3.4 | -1.7 | -1.6 |
| Ungarn | 1.0 | -6.2 | -4.9 | -1.4 | -1.2 | -2.2 | -5.9 | -3.7 |
| EU-27 | -0.5 | 0.6 | 0.0 | -0.8 | -0.7 | 2.9 | -2.2 | -2.2 |

6. Entwicklung der Reallöhne und der Verteilungsbilanz in Europa

* Verteilungsbilanz = Reallöhne – reale Arbeitsproduktivität = Mass für die Umverteilung.

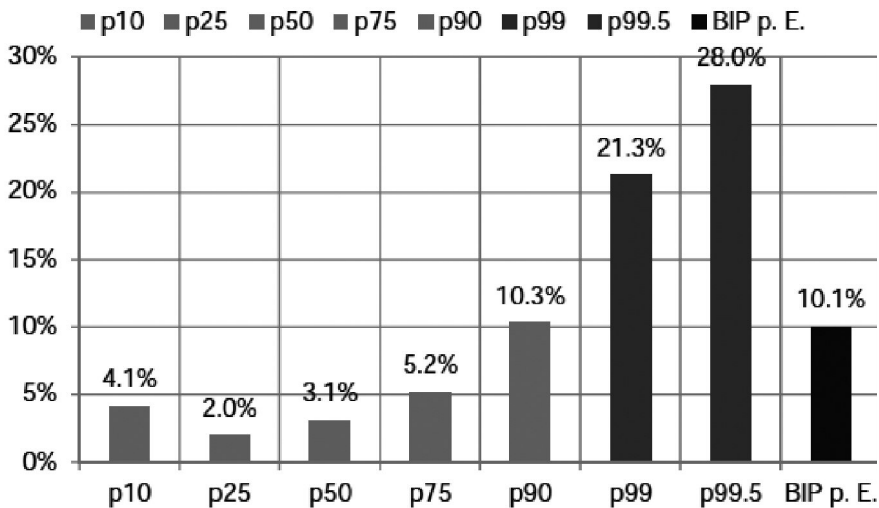
Quellen: Thorsten Schulten 2011. Quellen für die Schweiz siehe Darstellung 3.

Wie in der Schweiz, so war auch in den EU-Ländern die Verteilungsbilanz 2009 positiv, verursacht durch tiefere Gewinne und eine sinkende Teuerung. Eine Ausnahme bildeten die bereits erwähnten mittel- und osteuropäischen Länder, in denen die Umverteilung zugunsten des Kapitals auch in der Krise weiterging. 2010 zeichnete sich aber auch in den anderen EU-Ländern eine rasche Umkehr ab: Die Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen steigen jetzt in den meisten europäischen Staaten – wie auch in der Schweiz – wieder stärker an als die Löhne. Und 2011 wird die Tendenz zur Umverteilung von Arbeit zu Kapital in praktisch allen Ländern weitergehen oder sich sogar verstärken.



Die Lohn- und Einkommensschere öffnet sich

Im Verteilungsbericht 2010 hatten wir aufgezeigt, dass auch die Verteilung unter den Lohn- und Gehaltsempfängern, also die so genannte personale Einkommensverteilung, in den letzten 15 Jahren deutlich ungleicher geworden ist. Vor allem die Arbeitnehmenden in den oberen und obersten Lohnkategorien konnten ihre Einkommen bedeutend stärker verbessern als jene in den unteren und mittleren Kategorien. Das BfS hat seit der Auswertung der Lohnstrukturerhebung 2008 (BfS 2010) noch keine neuen Lohndaten publiziert, so dass auch wir hier keine neue Auswertung vornehmen können. Der SGB hat aber in seinem Verteilungsbericht nicht nur einen Vergleich der Lohndaten nach Quartilen und Dezilen vorgenommen, sondern auch die oberste Schicht der Lohnempfänger genauer angeschaut. Wie bereits bei der Lohnquotenberechnung aufgezeigt, gehört vor allem das reichste Prozent der Lohnempfänger zu den grossen Gewinnern der Umverteilung. Das sind rund 40'000 Personen, deren mittleres Einkommen sich zwischen 1997 und 2008 von 318'000 Franken auf 619'000 Franken erhöht, also fast verdoppelt hat (SGB 2011). In der gleichen Zeit haben die Nominallöhne im Durchschnitt nur um knapp 15 Prozent zugelegt. Die Zahl der Lohnmillionäre, also die Zahl der bestverdienenden Lohnempfänger, hat sich von 1997 bis 2008 mehr als verfünffacht, nämlich von 510 auf 2824 Personen (SGB 2011).



7. Reallohnwachstum verschiedener Lohnklassen von 1998 bis 2008

Quelle: SGB



Auch der Vergleich der realen Lohnentwicklung nach verschiedenen Lohnklassen belegt, dass das letzte Jahrzehnt dasjenige der grossen Umverteilung war. Während die obersten zehn Prozent der Lohnempfänger ihre Löhne real um über 10.0 Prozent steigern konnten (p90), betrug der Einkommenszuwachs des mittleren Dezils nur gerade 3.1 Prozent in zehn Jahren (p50). Unvergleichlich mehr, nämlich über 23 Prozent, konnte jedoch das reichste Prozent zulegen (p99). Und die obersten 0.5 Prozent verdienten real sogar 28 Prozent mehr als vor zehn Jahren.

Die zunehmende Ungleichheit bei den Löhnen ist ein wichtiger Hinweis auf die wachsende Ungleichheit der Einkommen. Das Gesamteinkommen der Haushalte setzt sich aber noch aus anderen Komponenten als dem Lohn zusammen. Zum Haushaltseinkommen gehören Renten, Sozialtransfers, aber auch Vermögenseinkommen und anderes mehr. Arm sein oder nicht arm sein hängt letztlich vom Einkommen ab, das im gesamten Haushalt oft auch von mehreren Personen verdient wird. Die Lohnarbeit bleibt für die meisten die wichtigste Grundlage. Durchschnittlich beziehen die Haushalte 76 Prozent ihres Einkommens aus unselbständiger Arbeit, 12.3 Prozent aus selbständiger Tätigkeit und 7.3 Prozent aus Renten und Sozialleistungen. Einkommen aus Vermögen und Vermietungen macht nur bei wenigen privilegierten Haushalten eine relevante Grösse aus, im Durchschnitt sind es nur 2.6 Prozent (BfS 2011).

Im letzten Verteilungsbericht hatten wir festgestellt, dass sich auch bei den Haushaltseinkommen die Schere zwischen Arm und Reich im letzten Jahrzehnt aufgetan hat. Aufgrund der zuletzt verfügbaren Daten aus dem Jahr 2008 scheint die Umverteilung von unten nach oben 2008 gestoppt worden zu sein. Die Darstellung 8 zeigt die Ergebnisse für das Bruttoäquivalenzeinkommen⁵:

| Quantil | Quantilanteile / Verhältnis | | |
|------------------------------------|-----------------------------|-------|------|
| | 2004 | 2007 | 2008 |
| 1. Dezil | 4.3% | 3.9% | 4.3 |
| 10. Dezil | 19.6% | 20.7% | 20.4 |
| Verhältnis 9. Dezil / 1. Dezil | 4.6 | 5.3 | 4.8 |
| 1. Quartil | 13.1% | 11.7% | 12.3 |
| 4. Quartil | 40.6% | 43.8% | 43.4 |
| Verhältnis 4. Quartil / 1. Quartil | 3.1 | 3.8 | 3.5 |

8. Verteilung des Brutto-Äquivalenzeinkommens von 2004–2008

Quelle: BfS, Verteilung der Äquivalenzeinkommen 2004, 2007 und 2008.



Gleichheit

Das unterste Zehntel der Haushalte verfügte im Jahr 2008 brutto (das heisst vor Steuern, Krankenkassenprämien etc.) über 4.3 Prozent des Einkommens, was dem Wert von 2004 entspricht. Das untere Viertel verfügte mit 12.3 Prozent aber über deutlich weniger als 2004, während das oberste Zehntel mit 20.4 Prozent und das oberste Viertel mit 43.4 Prozent der Einkommen deutlich mehr verzeichnen konnten als 2004. Trotz einer leichten Korrektur im Jahr 2008, die vermutlich auf die einsetzende Finanzkrise und rückläufige Vermögenseinkommen zurückzuführen ist, hat sich in den Jahren von 2004 bis 2008 die Ungleichheit verschärft.

Der neue statistische Sozialbericht des BfS untersucht die Entwicklung der Einkommensungleichheit von 1998 bis 2008 anhand zweier Indikatoren, dem Gini-Koeffizient⁶ und dem Verhältnis des obersten zum untersten Fünftel der Haushalte. Aufgrund dieser beiden Indikatoren stellt auch das BfS eine »fast kontinuierliche Zunahme beider Werte und somit der ungleichen Verteilung« fest (BfS 2011). Und zwar gilt diese Beobachtung sowohl für das Primäreinkommen als auch für die Verteilung des verfügbaren Einkommens, das heisst, nach Abzug von Steuern, Krankenkassenbeiträgen etc. und nach Zuzug von Sozialtransfers.

Die ungleiche Verteilung im letzten Jahrzehnt hat dazu geführt, dass der Wirtschaftsboom an grossen Teilen der Bevölkerung vorbeiging. Während auf der einen Seite ungeahnte Einkommen und Vermögen angehäuften wurden, haben die mittleren und unteren Einkommen stagniert oder sind sogar zurückgegangen. Der SGB-Verteilungsbericht macht dies anhand der Entwicklung des real verfügbaren Einkommens für Familien mit zwei Kindern deutlich: Das untere Viertel der Einkommensempfänger hatte 2008 weniger Geld für den Lebensunterhalt als 1998, während Familien mit hohem Einkommen über fast 15'000 Franken mehr verfügten. Zwischen 2002 und 2008, also in den Jahren mit hohen wirtschaftlichen Zuwachsraten, ging das verfügbare Einkommen sogar für Familien mit mittlerem Einkommen zurück. Diese Tatsache ist, wie bereits aufgezeigt, zum Teil auf die ungleichere Verteilung der Primäreinkommen zurückzuführen. Hinzu kommt aber, dass die Steuerpolitik die Ungleichheit verstärkt anstatt gemildert hat. Einkommens- und Vermögenssteuern sind gesenkt, Steuern und Gebühren erhöht worden. Eine wichtige Rolle spielen auch die höheren Kopfprämien für die Krankenversicherungen (SGB 2011).

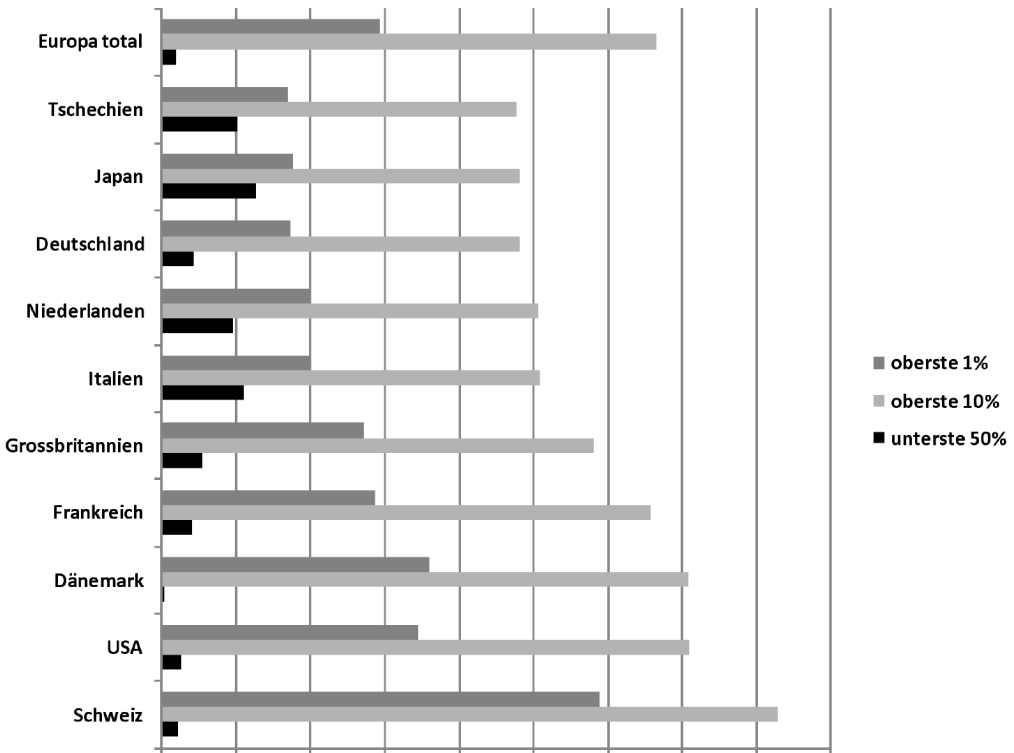
Zu einer ähnlichen Beurteilung kam das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS in Bern, das die Verteilung der verfügbaren Einkommen zwischen 2000 und 2008 untersuchte. Sein Fazit: Die Haushalte mit unteren und mittlerem Einkommen gehören zu den Verlierern



dieser Jahre. Das trifft implizit auch für den »unteren und mittleren Mittelstand« zu. Dazu gehören nach der Definition des BASS die Haushalte bis zum dritten Quintil, also die »unteren« 60 Prozent der Haushalte (BASS 2010). Profitiert haben in diesem Jahrzehnt nur die oberen 40 Prozent und vor allem das oberste Fünftel der Haushalte.

Extrem ungleiche Vermögensverteilung

Die Schweiz gilt als ein Land mit ausserordentlich ungleicher Vermögensverteilung. Aus einer jüngst publizierten Untersuchung (Crédit Suisse 2010) geht hervor, dass die Schweiz nach dem undemokratischen Stadtstaat Singapur und dem Diamant- und Goldminenstaat Namibia die ungleichste Vermögensverteilung der Welt aufweist. Das heisst, das Vermögen konzentriert sich auf eine kleine Gruppe von Personen, und ein grosser Teil geht leer aus. In Zahlen ausgedrückt: Das reichste Pro-



9. Vermögensverteilung auf erwachsene Personen im Jahr 2010

Quelle: Credit Suisse Research Institute (2010): Global Wealth Databook.

Lesebeispiel: In der Schweiz besitzen die reichsten zehn Prozent der erwachsenen Personen 83 Prozent des Vermögens, die »ärmsten« 50 Prozent der Personen besitzen nur rund 2 Prozent des Vermögens.



Gleichheit

zent der Erwachsenen besitzt fast 60 Prozent der Vermögen, während für 99 Prozent der Bevölkerung weniger als die Hälfte übrig bleibt. Die reichsten zehn Prozent besitzen gar 83 Prozent des Gesamtvermögens. In anderen Industrieländern sind die Vermögen etwas gleichmässiger verteilt. Selbst in den USA, wo die Vermögenskonzentration ebenfalls hoch ist, besitzt das reichste Prozent »nur« 35 Prozent des Vermögen, im Nachbarland Deutschland beträgt dieser Wert rund 17 Prozent.

Es ist beileibe nicht so, dass die Vermögensverteilung zwar ungleichmässig, das allgemeine Niveau aber so hoch ist, dass für alle – auch für die unteren Bevölkerungsschichten – genug bleibt, wie häufig argumentiert wird. Vielmehr besitzt das oberste Prozent der Reichen in der Schweiz, rund 60'000 Personen, ein durchschnittliches Vermögen von über 20 Millionen Franken. Für die »ärmsten« 50 Prozent der erwachsenen Bevölkerung bleibt wenig: Sie nennen gerade noch ein durchschnittliches Vermögen von rund 14'000 Franken ihr Eigen. Viele der unteren 50 Prozent haben überhaupt nichts oder sind sogar verschuldet. Diese 14'000 Franken sind bedeutend weniger als in anderen europäischen Ländern, die zwar ein tieferes Durchschnittsvermögen aufweisen, aber dafür eine gleichmässige Verteilung.

Es gibt verschiedene Ursachen für die Vermögensverteilung, die in der Schweiz auch im Weltmassstab ausserordentlich ungleich ist. Grosse Vermögen werden meist an jene vererbt, die ohnehin schon zu den Wohlhabenden gehören. Teilweise haben sich die Vermögen über mehrere Generationen angehäuft. Ausserdem gab es in der Schweiz keine wesentlichen Brüche durch Kriegswirtschaft oder Währungsreformen wie in anderen europäischen Ländern. Ein weiteres Element dürfte die Vermögenskonzentration hierzulande in den letzten Jahrzehnten noch verschärft haben: Dank tiefer Steuern haben sich zusätzliche Superreiche in der Schweiz niedergelassen.

In den letzten Jahrzehnten hat die Vermögenskonzentration weiter zugenommen. Dies belegt eine Auswertung der Vermögensstatistik der eidgenössischen Steuerverwaltung deutlich (SGB 2011). Danach befand sich 1997 die Hälfte des steuerbaren Vermögens noch in der Hand von 4.3 Prozent der reichsten Steuerzahler. Zehn Jahre später war die Verteilung noch ungleicher: Die Hälfte des Vermögens konzentrierte sich jetzt nur noch in den Händen von 2.2 Prozent der Steuerpflichtigen!⁷ Auch unter diesen 2.2 Prozent konnten die Allerreichsten am meisten profitieren. Die Spitze wurde also nicht breiter, sondern noch höher. Gleichzeitig stagnierte seit 1997 das Vermögen jener Steuerpflichtigen, die bis zu 50'000 Franken besitzen. Dazu gehört über die Hälfte aller Steuerpflichtigen. Diese Tatsache unterstreicht die obige These, wonach



Gleichheit

die Zunahme von Vermögen keineswegs allen zugute kommt. Über die Hälfte der Schweizer Haushalte hatte nichts von dieser Vermögensbildung. Berücksichtigt man die Teuerung, so hat ihr reales Vermögen sogar abgenommen. Eine Abnahme der Ersparnisse beziehungsweise eine zunehmende Verschuldung der Haushalte mit weniger Einkommen belegt auch der statistische Sozialbericht der Schweiz (BfS 2011). Die Gesamtausgaben des ›ärmsten‹ Fünftels der Haushalte übertrafen deren Einnahmen deutlich. Das heisst, in 20 Prozent der Haushalte sind die Ersparnisse, sofern sie noch solche hatten, geschrumpft oder hat die Schuldenlast zugenommen.

Eine Ursache der in den letzten Jahren noch ungleicher gewordenen Vermögensverteilung ist die beschriebene ungleiche Lohn- und Einkommensverteilung. Sie ermöglichte, dass eine kleine Schicht von Spitzenverdienern ihre Vermögen weiter anhäufen konnte, während ein Grossteil der Bevölkerung leer ausging.

Gegensteuer ist nötig, eine Rückverteilung überfällig

2009 konnten die Gewerkschaften kurzfristig höhere Reallöhne durchsetzen und die Verteilungsbilanz zugunsten der Löhne verbessern. Die Lohnrunde 2010 stand dann aber unter dem Eindruck der Krise, so dass nur geringe Lohnerhöhungen oder andere GAV-Verbesserungen durchgesetzt werden konnten und die Kaufkraft stagnierte. Die Lohnrunde 2011 fand in einem erstarkten Wirtschaftsumfeld statt, so dass wieder reale Verbesserungen, wenn auch geringe, möglich waren. Im Lauf des Jahres 2011 setzte der starke Franken aber die Exportindustrie zunehmend unter Druck. Die Unternehmer versuchten vermehrt, ihr Währungsrisiko auf die Arbeitnehmenden abzuwälzen. Es ist deshalb absehbar, dass vor allem in diesem Sektor Löhne und Arbeitsbedingungen unter Druck geraten.

Die Lohnquote, also der Anteil der Löhne und Sozialleistungen am Volkseinkommen, ist in den Jahren 2006/2007 auf ein historisches Tief gefallen. Das heisst, die Verteilung zwischen Arbeit und Kapital hat sich deutlich zugunsten des Kapitals verschoben. Dies entspricht dem Trend in fast allen Ländern Europas, deren Verteilungsbilanz im letzten Jahrzehnt für die Arbeitnehmenden negativ war. Eine krisenbedingte Gegenbewegung in den Jahren 2008/2009 war nur von kurzer Dauer.

Die Rezession hat die Schweiz nicht so stark getroffen wie andere Länder. Dementsprechend waren die Lohnabhängigen hier nicht mit massiven Lohnkürzungen konfrontiert, wie es vor allem in den hoch verschuldeten Ländern Südeuropas, in Irland und in einigen mittel- und ost-



Gleichheit

europäischen Ländern der Fall war. Die Umverteilung von unten nach oben und das ungerechte Steuersystem haben aber dazu geführt, dass Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen während Jahren einen schleichenden Kaufkraftverlust hinnehmen mussten. Während das Vermögen von wenigen Reichen extrem zugenommen hat, ging jenes der »unteren« 25 Prozent der Bevölkerung sogar zurück. Viele mussten sich verschulden. Hinzu kam eine wachsende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, so dass das Risiko, arm und von Sozialhilfe abhängig zu sein, für viele gestiegen ist.

Diese extreme Ungleichheit muss in der Schweiz thematisiert und die Umverteilung von unten nach oben gestoppt werden. Dabei geht es nicht allein um die Einkommensgerechtigkeit, sondern auch um das Funktionieren der Demokratie: Die Konzentration finanzieller Mittel bei einigen wenigen bedeutet auch eine noch grössere Konzentration von Macht und Einfluss, wie Ueli Mäder es in diesem Jahrbuch treffend beschreibt.⁸ Das gefährdet oder verunmöglicht demokratische Prozesse.

Die Gewerkschaften müssen eine Doppelstrategie fahren. Ihr wichtigstes Kampffeld ist die Primärverteilung der Einkommen: Hier kann mittels GAV-Verhandlungen, aber auch gesetzlichen Mindestnormen, die Lohnquote erhöht und eine gleichere Verteilung zwischen tiefen und hohen Löhnen beziehungsweise Einkommen erreicht werden. Den Kampf für höhere Mindestlöhne führen die Gewerkschaften seit einigen Jahren mit Erfolg. Ein Problem bleibt aber: Die Gewerkschaften können in der Schweiz nur für gut 35 Prozent der Arbeitnehmenden überhaupt Löhne aushandeln. Die Ausdehnung der GAV stockt. Mindestens konnte jetzt bei den flankierenden Massnahmen ein Normalarbeitsvertrag mit verbindlichen Löhnen für die Hauswirtschaft erreicht werden. Gewisse Sektoren im Niedriglohnsegment sind aber für die Gewerkschaften in näherer Zukunft nach wie vor schlecht erschliessbar. Ein wichtiger Entscheid des SGB in Richtung mehr Verteilungsgerechtigkeit war deshalb die Lancierung einer Initiative für nationale, gesetzliche Mindestlöhne.

Angesichts der unglaublichen Entwicklung der hohen und höchsten Löhne und Vermögen sollte die Verteilungsgerechtigkeit aber auch von der anderen Seite her angegangen werden. Neben einer möglichen gesetzlichen Beschränkung der Höchstlöhne, wie das die 1:12-Initiative der Juso fordert, muss eine Rückverteilung vor allem über das Steuersystem erfolgen, das auf die Sekundärverteilung – also auf die Verteilung der verfügbaren Einkommen – Einfluss nehmen kann. Die extrem hohen Vermögen müssen steuerlich mehr abgeschöpft werden. Hier bietet sich insbesondere die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer an. Ein Bünd-



nis links-grüner Parteien inklusive der EVP hat jüngst eine entsprechende Initiative zur Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer lanciert. Neben den Spitzenverdienern (Stichwort Boni-Steuern) müssten

Gleichheitsmonitor

Im ›Gleichheitsmonitor‹ veröffentlicht das Denknetz jährlich einige wichtige Kennziffern über die Verteilung und Ungleichheit in der Schweiz. Berücksichtigt werden dabei immer die zuletzt verfügbaren Daten. Genauere Erläuterungen zu einzelnen Kennziffern sind im Verteilungsbericht des Denknetz-Jahrbuchs zu finden.

| Kennziffer | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
|---|---------|--------|-------|-------|
| Reale Lohnveränderung (Basis Lohnindex BFS) | 0.9 | -0.4 | 2.6 | 0.1 |
| Veränderung der Verteilungsbilanz (Reallöhne – Arbeitsproduktivität) | -0.8 | -0.7 | 4.7 | -2.0 |
| Lohnquote (bezogen auf BNE, bereinigt) | 57.0% | 61.6% | 57.5% | 54.1% |
| Bruttolöhne, 9. Dezil/1. Dezil | 2.69* | 2.76 | | |
| Bruttolöhne, 9. Dezil/5. Dezil (Mittelwert) | 1.79* | 1.82 | | |
| Verhältnis der Konzernleitungslöhne von SMI/SMIM-Firmen zum Medianlohn (Basis: ethos) | 96 | 71 | 86 | 86 |
| Rückstand der Frauenlöhne (Basis: Durchschnittslohn, LSE) | -24.3%* | -25.0% | | |
| Bruttoäquivalenzeinkommen 9. Dezil/1. Dezil | 5.3 | 4.8 | | |
| Bruttoäquivalenzeinkommen 4. Quartil/1. Quartil | 3.8 | 3.5 | | |
| Verfügbares Äquivalenzeink. 9. Dezil/1. Dezil | 6.5 | 5.2 | | |
| Verfügbares Äquivalenzeink. 4. Quartil/1. Quartil | 4.1 | 3.7 | | |
| Gini-Koeffizient, Primäreinkommen | 0.34 | 0.32 | | |
| Gini-Koeffizient, Verfügbares Einkommen | 0.29 | 0.25 | | |
| Anteil der Steuerpflichtigen, die 50 Prozent des Vermögens besitzen | 2.2% | | | |
| Erwerbslosenquote (gem. ELS) Total | 3.5% | 3.3% | 4.2% | 4.1% |
| AusländerInnen | 6.6% | 6.0% | 7.2% | 7.5% |
| Unterbeschäftigungsquote (Unterbeschäftigte in Prozent der Gesamtbeschäftigten gem. SAKE) Total | 6.2% | 6.3% | 6.6% | |
| Frauen | 10.6% | 10.9% | 11.4% | |
| Sozialhilfequote (Bezüger von Sozialhilfe im engeren Sinn in Prozent der Bevölkerung) Total | 3.1% | 2.9% | 3.0% | |
| AusländerInnen | 6.5% | 6.0% | 6.1% | |
| Working-poor in Prozent der arbeitenden Bevölkerung Total | 4.8% | 3.8% | | |
| AusländerInnen | 8.0% | 6.7% | | |
| * 2006 | | | | |



Gleichheit

vor allem auch die Unternehmen wieder mehr besteuert werden. Diese haben in den letzten Jahren von verschiedenen Steuererleichterungen profitiert, und ihr Steuerbeitrag steht in einem krassen Missverhältnis zum gestiegenen Anteil der Unternehmensgewinne am Volkseinkommen. Das Denknetz hat dieses Jahr im Buch ›Richtig Steuern‹ (Baumann/Ringger 2011) aufgezeigt, wie in der Schweiz rund 25 Steuermilliarden rückverteilt und in gesellschaftlich nützliche Bereiche überführt werden können.

Anmerkungen

- 1 Ein Teil des Unterschiedes kann auch darauf zurückzuführen sein, dass es GAV-Bereiche gibt, die eine ›negative Lohndrift‹ aufweisen. Das heisst, die effektiv bezahlten Löhne werden nicht in dem Ausmass erhöht, wie sie aufgrund des GAV-Abschlusses erhöht werden müssten. Wo dies zutrifft und wieviel dieser Anteil ausmacht, harrt noch einer genaueren Untersuchung.
- 2 Der Lohnindex BfS/SSUV misst eine grosse Anzahl Löhne von verunfallten Arbeitnehmern. Für mehrere Jahre wird die Qualifikationsstruktur konstant gehalten, das heisst, die Lohnveränderung aufgrund kurzfristiger Strukturveränderungen nicht erfasst. Zudem sind unregelmässige Zulagen wie Prämien und Boni nicht enthalten. Das »Arbeitnehmerentgelt« aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung enthält zudem auch alle Sozialversicherungsbeiträge (Siehe dazu die Erläuterungen in BfS 2011a).
- 3 International wird meistens das Verhältnis der Lohnsumme zum Volkseinkommen zu Faktorkosten (Bruttonationaleinkommen BNE – Abschreibungen – Produktions-/Importsteuern + Subventionen) verwendet.
Das Bruttonationaleinkommen BNE misst die Löhne und Gewinne respektive Vermögenseinkommen der ›Inländer‹. Das bedeutet, dass vom Bruttoinlandprodukt BIP Löhne und Gewinne, die ins Ausland gehen, abgezogen werden. Löhne und Gewinne aus dem Ausland jedoch hinzugezählt werden. Es wird also gemessen, was im Inland verdient wird. In der Schweiz ist der Unterschied zwischen BIP und BNE deshalb von Bedeutung, weil ein grosser Teil der Gewinne und Vermögenseinkommen aus dem Ausland stammen. Zudem haben wir nicht nur die einfache Lohnquote, sondern auch die bereinigte Lohnquote ausgerechnet. Dabei wird die Lohnsumme und das Volkseinkommen mit der Anzahl Arbeitnehmenden beziehungsweise Erwerbstätigen gewichtet. Die gewichtete Lohnquote berücksichtigt also eine eventuelle strukturelle Verschiebung zwischen Arbeitnehmenden und Selbstständig-Erwerbenden.
- 4 Eine genauere Darstellung dieser Zusammenhänge findet sich im letzten Jahrbuch (Baumann 2010).
- 5 Unter dem Äquivalenzeinkommen versteht man ein standardisiertes, aus dem Haus-



Gleichheit

- haltseinkommen abgeleitetes und mit der Anzahl Personen in einem Haushalt gewichtetes Einkommen (BfS 2007).
- 6 Der Gini-Koeffizient ist ein Mass für die Ungleichheit der Einkommensverteilung. Je näher der Gini-Koeffizient bei Null ist, desto gleichere ist die Verteilung. Bei Null würden alle über das gleiche Einkommen verfügen, bei 1 wäre das Einkommen bei einem einzigen Haushalt. Zwischen 1998 und 2007 stieg der Koeffizient gemäss BfS von 0.3 auf 0.34.
 - 7 Gemäss der bereits erwähnten Studie der Crédit Suisse ist die Vermögenskonzentration inzwischen noch krasser geworden, da über die Hälfte der Vermögen sich sogar nur in den Händen von einem Prozent der Reichsten befindet. Die Berechnungsgrundlagen der CS-Studie sind allerdings nicht dieselben. Die Grundlage bilden erwachsene Personen, nicht Steuerzahler. Zudem beruhen sie auf OECD-Zahlen und nicht – wie bei der SGB-Studie – auf jenen der Eidgenössischen Steuerverwaltung.
 - 8 Siehe den Beitrag ›Reichtum ist Macht‹ von Ueli Mäder in diesem Jahrbuch.

Literatur

- Baumann, Hans (2010): Verteilungsbericht 2010: Entwicklung und Verteilung des Arbeitseinkommens und der Vermögen in der Schweiz. In: Denknetz Jahrbuch 2010. Edition 8, Zürich.
- Baumann, Hans & Ringger, Beat (Hrsg.) (2011): Richtig Steuern. Edition 8, Zürich.
- Bundesamt für Statistik BfS (2007): Finanzielle Situation der privaten Haushalte. Neuchâtel. Aktualisierte Daten auf: www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/20/02/blank/dos/01/02.print.html
- Bundesamt für Statistik BfS (2010): Gesamtarbeitsvertragliche Lohnabschlüsse 2010. Neuchâtel. www.statistik.admin.ch/Themen>03-Arbeit,Erwerb
- Bundesamt für Statistik BfS (2010a): Schweizerische Lohnstrukturerhebung 2008. Neuchâtel. Detaillierte Tabellen: www.statistik.admin.ch/Themen>03-Arbeit,Erwerb
- Bundesamt für Statistik BfS (2010b): SAKE in Kürze. Wichtigste Ergebnisse der Schweizerischen Arbeitskräftestatistik. Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik BfS (2010c): Sozialhilfestatistik 2009. BfS-Aktuell, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik BfS (2011): Statistischer Sozialbericht Schweiz. Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik BfS (2011a): Schweizerischer Lohnindex 2010. Neuchâtel. www.statistik.admin.ch/Themen>03-ArbeitundErwerb
- Bundesamt für Statistik BfS (2011b): Gesamtarbeitsvertragliche Lohnabschlüsse 2011. Neuchâtel. www.statistik.admin.ch/Themen>03-Arbeit,Erwerb
- Bundesamt für Statistik BfS (2011c): Arbeitsmarktindikatoren 2011. Kommentierte Ergebnisse 2005–2011. Neuchâtel. www.statistik.admin.ch/Themen>03-Arbeit,Erwerb
- Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS (2010): Studie zur Situation des Mittelstandes in der Schweiz. Bern.
- Crédit Suisse Research Institute (2010): Global Wealth Data Book. Zürich.
- Ethos (2011): Vergütungen 2011 der Führungsinstanzen. Genf.
- Gewerkschaft Unia (2011): Lohnstudie 2010. Bern.
- Kissling, Hans (2008): Reichtum ohne Leistung – Die Feudalisierung der Schweiz. Zürich/Chur.
- Konjunkturforschungsstelle der ETHZ KOF (2011): KOF-Analysen. Prognosen 2010/2011. Zürich.
- Mäder, Ueli & Aratnam, Ganga Jay & Schilliger, Sahra (2010): Wie Reiche denken und leben. Zürich.
- Schulten, Thorsten (2011): Europäischer Tarifbericht des WSI 2010/2011. In: WSI-Mitteilungen 7-2011, Düsseldorf.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB (2010): Vertrags- und Lohnverhandlungen 2009/2010 – Eine Übersicht aus dem Bereich der SGB-Gewerkschaften. Dossier Nr. 68, Bern.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB (2011): Verteilungsbericht Schweiz. Bern.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB (2011a): Vertrags- und Lohnverhandlungen 2010/2011 – Eine Übersicht aus dem Bereich der SGB-Gewerkschaften. Dossier Nr. 78, Bern.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB (2011b): Massnahmen und Instrumente zur Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Lohndiskriminierung. Dossier Nr. 79, Bern.
- Suter, Christian et al (2008): Sozialbericht 2008. Zürich. www.sozialbericht.ch.